

A1 Gründung Kreisverband Wittenberg

Antragsteller*in: Ari Hahn

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Mit diesem Antrag wollen wir die Gründung der GJ Wittenberg offiziell machen.

A2NEU Grundwerte verteidigen!

Antragsteller*in: Phlipp Läufer (GRÜNE JUGEND Stendal)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Als GRÜNE JUGEND LSA wurden wir immer wieder von Entscheidungen der Regierung
- 2 unter Beteiligung unserer Mutterpartei enttäuscht und sehen uns deshalb in der
- 3 Pflicht, statt zu Resignieren, die Grünen an ihre Grundwerte zu erinnern und
- 4 konservative Tendenzen in der Partei zu kritisieren.

- 5 Eine Partei vereint viele verschiedene Menschen mit ebenso vielfältigen
- 6 Meinungen und Ansichten zur aktuellen Ausrichtung der Bundesregierung. Aktuell
- 7 wird offensichtlich, dass die Politik der Bundesregierung viele Mitglieder
- 8 unserer Mutterpartei, aber auch bei uns an die Grenze dessen bringt, was sie
- 9 bereit sind mitzutragen. Als GRÜNE JUGEND LSA befürchten wir neben dem Verlust
- 10 von wichtigen Stimmen bei der nächsten Wahl vor allem den Austritt von
- 11 wertvollen Mitgliedern, die unsere politische Arbeit erst ermöglichen. Anstatt
- 12 einer Spaltung in Lagerkämpfe möchten wir Debattenräume suchen und festlegen, wo
- 13 wir unsere roten Linien ziehen.

- 14 Deshalb wollen wir als Grüne Jugend LSA auf den nächsten BuKo eine klare GJ-
- 15 Position zum aktuellen Zustand und zur aktuellen Arbeit der Bundesregierung
- 16 erarbeiten, um bei der BDK im November klare Akzente zu setzen. Darüber hinaus
- 17 wollen wir im Landesverband und in den Kreisverbänden von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 18 in Sachsen-Anhalt für unsere Position für die BDK werben.

Begründung

Dies ist A2 inklusive die übernommen Änderunhen aus A2-Ä1.

Disclaimer vorab: Ich habe diesen Antrag ursprünglich mit 3 Freund*innen (50% FLINTA*) aus der GJ Berlin für die Grünen verfasst und an dieser Stelle für die GJ LSA angepasst. :)

Die Brüche sowohl mit dem geschlossenen Koalitionsvertrag als auch unserem basisdemokratisch erarbeiteten Grundsatzprogramm sind gravierend. Sei es der verzögerte Atomausstieg, die anhaltende Blockade der Kindergrundsicherung, die Zerstörung Lützeraths, die Verschleppung des Gebäudeenergiegesetzes oder die anstehenden drastischen Sparmaßnahmen in allen Ministerien (außer dem für Verteidigung).

Diese und weitere Entscheidungen waren für uns und weite Teile der Grünen nicht immer leicht zu ertragen. Mit der Zustimmung der Bundesregierung zum Asyl-Kompromiss wurde diese Liste an Zumutungen für uns um einen weiteren Punkt ergänzt. Hat uns die Inhaftierung von Kindern an der US-Mexikanischen Grenze 2018 noch zurecht erschüttert, sind wir nun bereit ähnliche Szenarien an den europäischen Außengrenzen zu akzeptieren?

Absatz 432 des Grünen Grundsatzprogramms ist hier eindeutig:

"Nicht jede*r hat das Recht auf Asyl, aber jede*r hat das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung und Behandlung. Zugang zu unabhängiger, rechtlicher Beratung und zu Widerspruchsmöglichkeiten zeichnet den Rechtsstaat aus. Ärztliche Versorgung und Zugang zu Bildung muss in dieser Zeit und auch unabhängig vom Status

gewährleistet sein. Ziel ist ein gemeinsames EU-Asylrecht mit hohen Standards." - Die Asylrechts-Reform ist mit unserem Grundsatzprogramm nicht vereinbar!

Politik lebt auch von Kompromissen, gerade in einer Zeit, welche von großen Krisen geprägt ist. Allerdings dürfen wir uns nicht bis zur Unkenntlichkeit verbiegen. Ansonsten verlieren wir nicht nur Stimmen bei der nächsten Wahl sondern womöglich auch Teile unserer wertgeschätzten Mitglieder. Wir müssen unseren Koalitionspartner*innen stärker entgegenreten und klar kommunizieren, dass wir nicht länger bereit sind zu akzeptieren, wie ein grüner Grundsatz nach dem nächsten über Bord geworfen wird. Wir sind nicht länger bereit für eine Partei zu kämpfen, die reine Machtinteressen auf den Rücken von Klimaschutz, Minderheiten und letztlich auch der Jugend austrägt.

Unabhängig eurer persönlichen Haltung zu den genannten Themen, wird sichtbar, dass wir Redebedarf haben. Interne Spannungen können nur geklärt werden, wenn die unterschiedlichen Meinungen im Rahmen basisdemokratischer Prozesse ausgesprochen und nicht totgeschwiegen werden. Wenn wir nicht mit einer Stimme sprechen, wie sollen wir dann in den schwierigen Verhandlungen mit den Koalitionspartner*innen zu guten Ergebnissen kommen?

Hier kommt ihr zum Antrag des KV Cloppenburg: <https://sonder-bdk.de/meldung-des-kv-cloppenburg/>

A3 Wir brauchen eine Utopie für die nachhaltige Mobilität!

Antragsteller*in: Jan Vorbrodt (KV Magdeburg)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die deutsche Verkehrspolitik ist desaströs – und das war auch nie anders.
2 Während die CO₂-Emissionen in Deutschland seit 1990 insgesamt um unzureichende
3 40,4 Prozent abgenommen haben, beträgt die Abnahme im Sektor Verkehr nur
4 katastrophale 9,4 Prozent (1). Schuld daran ist eine Politik, die sich
5 bedingungslos dem Auto unterwirft, Wissenschaftler*innen seit den 70er Jahren
6 konsequent ignoriert und sogar die Interessen der Bürger*innen missachtet.

7 Aber wie ist eigentlich der aktuelle Stand? – Seit Gründung der BRD arbeiten die
8 Verkehrsministerien daran, Landschaften, Städte und Dörfer mit immer mehr und
9 immer breiteren Autobahnen, Schnellstraßen und Nebenstraßen zuzubetonieren. Die
10 Schienen wurden im Rekordtempo abgebaut – dafür stauen sich auf der A2 die LKW
11 bis nach Brandenburg. Die Ticketpreise für den Nah- und Regionalverkehr müssen
12 weiter steigen – denn sonst wäre kein Geld mehr für die ganzen Auto-Subventionen
13 da. Die Radwege (wenn überhaupt vorhanden) fallen seit Jahrzehnten auseinander –
14 aber Großprojekte werden durchgedrückt, wie der neue Tunnel für 200.000.000 Euro
15 in Magdeburg, der die Innenstadt endgültig in eine Wüste voller Lärm und Blech
16 verwandelt. Die konservativen Parteien in Sachsen-Anhalt freuen sich, dass
17 Zebrastreifen vor der Schule verboten sind – und planen schon die nächste Straße
18 mitten durch die Natur.

19 Die Stadtplanung für den toxischen Mann? – Nachhaltige Mobilität beginnt bei
20 einer sozial gerechten und ökologischen Stadtplanung. Unser Ziel ist deswegen
21 eine 15-Minuten-Stadt. Das bedeutet, alle wichtigen Orte des Alltags sind
22 innerhalb von 15 Minuten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV erreichbar.
23 Von zu Hause aus befinden sich innerhalb eines Radius von fünf Kilometern
24 Einkaufsläden, Arbeitsplätze, Parks, Kindergärten, Schulen, Ärzt*innen sowie
25 weitere soziale Einrichtungen (2). So werden weite Pendelwege, die häufig mit
26 dem Auto zurückgelegt werden, vermieden. Dadurch werden die Straßen entlastet
27 sowie klimaschädliche Emissionen verhindert. Außerdem wird eine umfassende
28 Mobilität auch für die Menschen ermöglicht, die kein Auto besitzen oder kein Auto
29 fahren können. Dazu zählen insbesondere Kinder, Jugendliche, Ältere, Menschen
30 mit Beeinträchtigung aber auch ökonomisch schwächere Personen, die sich in der
31 aktuellen Situation kaum ein Auto leisten können. Somit stellt eine nachhaltige
32 Stadtplanung auch eine finanzielle Entlastung dar. Das gilt sowohl für Personen,
33 die nicht auf den Kauf eines Autos angewiesen sind, als auch für Kommunen, die
34 keine unnötigen Straßen teuer instand halten müssen. Eine moderne Stadtplanung
35 muss konsequent soziale und ökologische Aspekte einhalten. Wie bereits
36 beschrieben müssen nachhaltige Städte und Dörfer wirklich allen Menschen
37 zugänglich gemacht werden. Auch die soziale Sicherheit, insbesondere von
38 FLINTA*-Personen, muss gewährleistet werden durch hell beleuchtete Gehwege und
39 sicheren Mobilitätsangeboten auch nachts. Der Wohnungsbau muss vorangebracht
40 werden und gemeinwohlorientiert sein. Um ökologischen Ansprüchen gerecht zu
41 werden, müssen ausreichend Grünflächen geschaffen werden, konsequent Bäume an
42 Straßen gepflanzt werden und Wege für Frischluft in die Stadtmitte freigehalten
43 werden. Bei alledem darf der ländliche Raum nicht vergessen werden. Hier stellt

44 der sozial-ökologische Umbau aufgrund des demografischen Wandels eine besondere
45 Herausforderung dar. Als Kernpunkte müssen der Verkehr zwischen Städten und
46 Dörfern stärker miteinander vernetzt werden sowie auch in Dörfern wieder
47 Einrichtungen des alltäglichen Grundbedarfs geschaffen werden.

48 Öffentliche Verkehrsmittel bitte nur, wenn dann auf der Straße kein Stau mehr
49 ist? – Im öffentlichen Verkehr liegt bei der Mobilitätswende das größte
50 Potenzial. Während der ÖPNV ein innerstädtisches Verkehrsnetz bereitstellt,
51 ermöglichen Regional- und Fernverkehr die Vernetzung zwischen Orten. Um das
52 Potenzial voll zu nutzen, muss der ÖPNV konsequent ausgebaut werden. Dazu gehört
53 ein dichter Takt bis spät abends und auch am Wochenende. Die Fahrzeuge müssen
54 ausreichenden Platz bieten, komfortabel sein und elektrisch mit Ökostrom
55 betrieben werden. Am besten eignen sich dafür Straßenbahnen, die mindestens
56 wieder in allen Großstädten etabliert werden müssen. Abseits der Stadt muss der
57 Ausbau der Schiene priorisiert werden sowie eine vollständige Elektrifizierung
58 durchgeführt werden. Dazu müssen stillgelegte Verbindungen reaktiviert werden.
59 Wo der Einsatz von Bahnen nicht sinnvoll ist, müssen Bussysteme eingesetzt
60 werden oder innovative Mobilitätsangebote gefunden werden. So kann der ländliche
61 Raum nicht nur an die Ballungszentren angebunden werden, sondern auch
62 untereinander vernetzt werden. Der Regionalverkehr sollte möglichst im 30-
63 Minuten-Takt oder mindestens im 60-Minuten-Takt verkehren, auch spät abends und
64 am Wochenende. Nur so ist gewährleistet, dass der Regionalverkehr auch im Alltag
65 verlässlich nutzbar ist (3). Der Fernverkehr muss durch den Ausbau von Schienen
66 wieder verlässlich werden. Internationale Bahnreisen müssen deutlich attraktiver
67 werden, wozu eine einheitliche Ticketstruktur und mehr Nachtzüge beitragen. Der
68 Güterverkehr muss konsequent auf Züge und Binnenschiffe verlagert werden. Die
69 Tickets für den öffentlichen Verkehr müssen kostenlos oder kostengünstig sein.
70 Das Deutschlandticket muss günstiger werden und auch ohne Abo erhältlich sein.
71 Es muss um attraktive Tagestickets und regionale Angebote ergänzt werden. An
72 Bahnhöfen müssen die verschiedenen Verkehrsarten miteinander vernetzt werden.
73 Der Umstieg vom ÖPNV, Fahrrad (und Auto) muss durch abgestimmte Fahrpläne und
74 ausreichend sichere Abstellmöglichkeiten gefördert werden. Um allen Menschen die
75 Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu ermöglichen, müssen Haltestellen und
76 Fahrzeuge möglichst barrierearm gestaltet sein (4).

77 Radfahren super gerne, aber bitte nur zum Spaß? – Das Fahrrad stellt
78 individuelle Mobilität bis zu einer Entfernung von 15 Kilometern bereit. Damit
79 können nahezu alle Ziele innerhalb einer Stadt oder in umliegenden Ortschaften
80 unabhängig von Fahrplänen erreicht werden. Außerdem wirkt sich Radfahren positiv
81 auf die Gesundheit aus und ist kostengünstig. Um Menschen vom Radfahren zu
82 überzeugen, muss eine sichere und attraktive Infrastruktur geschaffen werden
83 (5). Außerhalb von Wohngebieten müssen Radwege konsequent baulich vom
84 Autoverkehr getrennt werden. Kreuzungen müssen klare Sichtbeziehungen bieten und
85 Raum für Fehler lassen. Radwege müssen überall mindestens zwei Meter breit sein,
86 aus (rotem) Asphalt bestehen und regelmäßig gereinigt werden (6). Das
87 Radwegenetz muss lückenlos sein, einfach zu verstehen sein und auf direktem Weg
88 ans Ziel führen. Dazu gehört, dass Radwege nicht plötzlich im Nichts enden, eine
89 umfassende Ausschilderung besteht und Radschnellwege mehrere Stadtviertel
90 verbinden. Weiterhin müssen sichere Abstellmöglichkeiten geschaffen werden,
91 sowohl im öffentlichen Raum als auch in Wohnhäusern. Für Elektrofahrräder sollen
92 ausreichend viele Ladestationen gebaut werden. Im ländlichen Raum müssen Dörfer
93 durch Radwege miteinander verbunden werden. Häufig sind diese weniger als fünf

94 Kilometern voneinander entfernt, was eine ideale Entfernung für das Radfahren
95 ist. Damit kann die Schule, der Supermarkt oder der Bahnhof im Nachbarort dann
96 auch flexibel für Jugendliche und unabhängig vom Auto erreicht werden.

97 Zu Fuß gehen ist okay, von der Haustür bis zum Parkplatz? – Die Grundlage für
98 eine nachhaltige Mobilität besteht im Zufußgehen, denn jeder Weg beginnt und
99 endet zu Fuß. Auch viele alltägliche Wege mit kürzeren Entfernungen bis zu zwei
100 Kilometern können zu Fuß zurückgelegt werden. Dafür benötigen wir eine
101 umfassende Verbesserung der Fußwege. Um die Sicherheit für alle Fußgänger*innen
102 zu ermöglichen, müssen alle Hauptstraßen konsequent und regelmäßig mit
103 Zebrasteifen oder Ampeln ausgestattet werden. Das gilt insbesondere an sozialen
104 Einrichtungen sowie Haltestellen. Wo das nicht der Fall ist, muss eine
105 Geschwindigkeitsbegrenzung von maximal 30 km/h gelten. Diese muss durch
106 Bremsschwellen und Geschwindigkeitskontrollen durchgesetzt werden. Davon
107 profitieren vor allem die Personen, die unsicher im Verkehr sind. Zeitgleich
108 werden Fußgänger*innen so vor den Autofahrer*innen priorisiert, wodurch sich die
109 Gehzeit aufgrund wegfallender Wartezeiten verkürzt. Sichere und komfortable
110 Gehwege sollten durchgehend mindestens 2,5 Meter breit sein und kontinuierlich
111 gepflegt werden. Sie müssen frei von falschparkenden Autos sowie störenden
112 Masten und Webetafeln sein. Gehwege sollten an Nebenstraßen durchgängig
113 verlaufen sowie an Kreuzungen eine freie Sicht bieten. Um allen Menschen gerecht
114 zu werden, müssen Gehwege möglichst barrierearm sein. Dazu gehören konsequent
115 abgesenkte Bordsteine und Blindenleitsysteme an allen Kreuzungen (7).

116 Autofahren lohnt sich, das sogar schon ab 200 Metern? – Im Vergleich zu den
117 anderen genannten Verkehrsmitteln ist das Auto extrem ineffizient, benötigt sehr
118 viel Platz und verursacht massive CO₂-Emissionen. Trotzdem gibt es Situationen,
119 in denen das Auto nicht ersetzt werden kann, weil sich im ländlichen Raum zu
120 Randzeiten der ÖPNV nicht lohnt, die Entfernung zum Radfahren zu groß ist oder
121 die soziale Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. In Zukunft sollten alle
122 Autos elektrisch mit Ökostrom fahren, was immerhin weniger klimaschädlich ist
123 als Verbrennungsmotoren. Fahrtwege sollten so kurz wie möglich gehalten werden
124 durch umfassende Park & Ride-Angebote. Die soziale Sicherheit ist eine Aufgabe,
125 die dringend auf gesamtgesellschaftlicher Ebene angegangen werden muss. Als
126 Ersatz zum eigenen Auto sollten Carsharing-Angebote gefördert werden. Auf der
127 anderen Seite muss der Autoverkehr für seine Kosten selbst aufkommen. Parkplätze
128 müssen gerechte Gebühren haben und klimaschädliche Subventionen müssen
129 gestrichen werden. Der Ausbau von Straßen darf nur punktuell durchgeführt
130 werden, wenn Wohngebiete dadurch entlastet werden. Stattdessen müssen der
131 Autoverkehr deutlich zurückgehen und Straßen langfristig zurückgebaut werden.

132 Eine Utopie im Bereich Mobilität ist möglich. Lösungen sind meistens schon da
133 und normalerweise auch nicht kompliziert. Politisch sind wir davon aber noch
134 kilometerweit entfernt. Wir werden lange dafür kämpfen müssen, damit wir uns in
135 Richtung nachhaltiger Mobilität bewegen. Aber diese Anstrengung ist nötig –
136 nicht nur für eine klimaneutrale, sondern auch für eine gerechte Welt.

137 Literaturverzeichnis

138 (1) <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr/klimaschutz-im-verkehr#rolle>

139 (2) <https://www.dw.com/de/gewinn-für-bewohner-geschäfte-und-lebensqualität-wie-15-minuten-städte-urbanes-leben-neu-denken/a-64790239>
140

141 (3) <https://www.vdv.de/jetzt-mehr-bewegen-modernisierung-und-ausbau.aspx>.

142 (4) <https://www.vcd.org/artikel/bus-und-bahn-barrierefrei>.

143 (5) <https://dutchcycling.nl/expertises/cycling-infrastructure/>

144 (6)

145 https://www.adfc.de/fileadmin/user_upload/Expertenbereich/Politik_und_Verwaltung-Download/So_geht_Verkehrswende_klein.pdf

147 (7)

148 <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/4031/publikationen/internetversion-01-2019.pdf>

A4NEU Sojaschnitzel für mehr Tierwohl und eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Antragsteller*in: Yves Kuhlmann (LV Sachsen-Anhalt)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die landwirtschaftlichen Betriebe nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in ganz
2 Deutschland stehen vor riesigen Herausforderungen. Der Wassermangel vor Ort, die
3 schlechten Standards in der Tierhaltung und der Preisdruck aus dem Ausland
4 bedrohen die Existenz der Betriebe akut.
- 5 Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt erkennt die Probleme in der Landwirtschaft und
6 setzt sich deshalb für nachhaltige Strukturen für die landwirtschaftlichen
7 Betriebe und die Tiere ein.
- 8 Deshalb fordern wir:
- 9 1. Tierhaltung ohne wirtschaftlich getriebene Nutzrzierhaltung als Leitbild der
10 zukünftigen Landwirtschaft
- 11 Es braucht ein Umdenken in der Landwirtschaft, weg von tierischen Produkten, hin
12 zum ANbau pflanzlicher Eiweißquellen, denn das hilft den Betrieben, der
13 Wirtschaft, den Tieren und dem Klima.
- 14 2. Fördermaßnahmen für den Umstieg und den Anbau von pflanzliche Eiweißquellen
- 15 Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung wandert immer weiter ins Ausland ab. Mit
16 den günstigen Preisen dort, können die Landwirtschaftlichen Betriebe in
17 Deustchland nicht mithalten und erzielen deswegen immer geringere Gewinne. Aus
18 diesem Grund sind staatliche Fördermaßnahmen, die einen Anreiz zum Umstieg für
19 die darstellen ein wichtiger Schritt, um die sterbenden Höfe zu retten.
- 20 3. Mehrwertsteuer auf pflanzliche Alternativen senken
- 21 Tierische Produkte werden hierzulande weiterhin nur gering besteuert. Dadurch
22 werden Verbraucher*innen angeregt diese Produkte den pflanzlichen Alternativen
23 vorzuziehen. Es barucht hier einen Umschwung, der die Mehrwertsteuer auf
24 Pflanzliche Produkte senkt, denn eine pflanzliche Ernährung darf keine frage des
25 Einkommens sein. Dieser Umschung wird den Bedraft pflanzlicher Produkte
26 ankurbeln und den Anbau hier vor Ort noch lukrativer machen.

Begründung

erfolgt mündlich

A5NEU Beendet Repressionen gegen linken Aktivismus! Solidarität mit der letzten Generation und den Aktivist*innen in Leipzig

Gremium: Sara Gruber, Gregor Laukert

Beschlussdatum: 16.06.2023

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Während Staat, Verfassungsschutz und Polizei immer mehr die Kontrolle über
2 rechtsextreme Gewalt und Straftaten auch im Netz verlieren, Rassismus, z.B. in
3 der Form von racial-profiling in der Polizei weiterhin weit verbreitet und
4 Vorfälle wie der Mord von Oury Jalloh in Dessau bis heute nicht aufgearbeitet
5 wurden, sind in den letzten Wochen noch weitere strukturelle Probleme innerhalb
6 unserer Sicherheitsbehörden erneut sehr deutlich sichtbar gewesen.

7 Verschiedene Formen von linkem, progressivem Aktivismus wurden wiederholt
8 gezielt kriminalisiert und angegriffen. Wenn Sokos für Linksextremismus mit
9 dünner Faktenlage unbedingt Ergebnisse präsentieren müssen oder passend zum
10 bayrischen Wahlkampf Großrazzien bei friedlichen Klimaaktivist*innen
11 stattfinden, steht eine Einflussnahme durch Politik mindestens im Raum.

12 Wir sagen: Wenn Olaf Scholz und Robert Habeck die Proteste nicht passen, dann
13 machen eben diese Proteste etwas richtig. Protest hat die Funktion Regierende zu
14 kritisieren und ungemütlich für diese zu sein.

15 Die gezielte Kriminalisierung durch Worte und Taten von AfD-, Unions- und FDP-
16 bis hin zu einzelnen SPD-Politiker*innen soll nur von ihrer Ignoranz und ihrem
17 inhaltlichen Versagen in klimapolitischen Fragen ablenken. Wenn rechtskonservative
18 Pressehäuser dann mehr oder weniger direkt zu Gewalt gegen Demonstrant*innen
19 aufrufen, ist das Auftreten dieser nur noch eine Frage der Zeit.

20 Gegen staatliche Repressionen, gerichtet auf friedlichen Protest, stehen wir
21 gemeinsam. Solidarität mit der Letzten Generation!

22

23 Auch international gerät die gewaltfreie Klimagerechtigkeitsbewegung immer mehr
24 ins Visier des Staates. Zuletzt wurde in Frankreich mit großangelegten
25 Hausdurchsuchungen gegen die Gruppe "Les Soulèvements de la Terre" (Dt: Aufstand
26 der Erde) vorgegangen. Der Französische Innenminister hat bereits angekündigt
27 das Netzwerk auflösen zu wollen. Die Repressionen in Deutschland und
28 international zeigen, dass Umweltbewegungen, die notwendiges fordern, um
29 Lebensgrundlagen zu erhalten, Regierungen ein Dorn im Auge sind. Das
30 "Ökoterrorismus"-Narrativ wird immer weiter vorangetrieben.

31 Gegen diese Deffamierung und Kriminalisierung ziviler Bewegungen durch
32 Staatsgewalt müssen wir eintreten. Um den Kampf für Klimagerechtigkeit gewinnen
33 zu können, braucht internationale Solidarität!

34 Das jüngste Beispiel aus Leipzig zeigt auch: Noch immer wird von der Polizei
35 gerade bei der Begleitung von linken Protesten auf Eskalation gesetzt. Im
36 Nachhinein wird die Schuld für die Eskalation vollständig auf die
37 Demonstrierenden geschoben. Gleichzeitig werden z.B. Einkesselungen mit extremer
38 Länge, bei Kälte, ohne Toiletten und ohne hinreichende Versorgung genutzt, um
39 Aktivist*innen zu bestrafen, ohne das je ein Urteil gesprochen werden konnte.
40 Unter den Gekesselten waren teilweise minderjährige Menschen, die von

41 Polizist*innen dazu gezwungen wurden sich ausziehen oder am ganzen Körper
42 abtasten zu lassen. Somit war nicht nur das unverhältnismäßig lange
43 Aufrechterhalten des Kessels bei kalten Temperaturen problematisch, sondern es
44 ging eindeutig gegen die Menschenwürde und in den strafbaren Bereich. Dieses
45 Handeln verurteilen wir aufs schärfste.
46 Wir fordern umfangreiche Aufklärung von diesen Vorgängen sowie Konsequenzen für
47 die Verantwortlichen in Polizei und Politik und sind solidarisch mit den
48 Aktivist*innen in Leipzig.

49 Also fordern wir:

- 50 • Ernstnehmen der Anliegen von Aktivist*innen, statt Ablenkung durch
51 Repression und Kriminalisierung!
- 52 • Ein Ende der Verfolgung von friedlichem Protest!
- 53 • Demonstrationsbegleitung die auf Desekalation setzt.
- 54 • Lückenlose Aufarbeitung der Vorgänge in Leipzig und Strafverfolgung der
55 sexuellen Übergriffe, besonders gegenüber minderjährigen Menschen
- 56 • Wahrung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit. Wir stehen gegen jede
57 politisch motivierte Einschränkung des Versammlungsrechts!
- 58 • Ernstzunehmende Verfolgung von rechtsextremen Straftaten statt Hufeisen
59 und zweierlei Maß in der Strafverfolgung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A6NEU Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten! - Kulturpflanzenanbau

Antragsteller*in: Amelie Dybus (KV Magdeburg)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Wie sieht die aktuelle Problemlage aus?

2 Die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten ist essentiell für das Erkämpfen
3 von Utopien, da landwirtschaftliche Erzeugnisse unsere Versorgungsgrundlage
4 bilden. Verschiedene Praktiken des Agrarsektors, die flächendeckend beim Anbau
5 von Kulturpflanzen genutzt werden, führen jedoch zu folgenschweren Problemen und
6 stellen uns vor Herausforderungen. So kommt es zum Beispiel durch den Einsatz
7 von Pestiziden und den Anbau von Monokulturen zum Insektensterben und einem
8 generellen Verlust der Biodiversität sowie damit einhergehend zur Zerstörung von
9 Ökosystemen. Gleichzeitig wird die Landwirtschaft verstärkt mit den Folgen des
10 Klimawandels konfrontiert. Das veränderte Klima führt verstärkt zu Dürren,
11 Hitzewellen sowie Starkregen. Das bedeutet oft schwerwiegende Ernteauffälle, die
12 unsere Versorgungsgrundlage gefährden und Bäuer*innen in existenzielle Notlagen
13 führen. Die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten bedeutet, neue Anbauformen
14 zu etablieren, bereits vorhandene Technologien verstärkt zu nutzen und mehr in
15 Agrarforschung zu investieren. Eine nachhaltige Bewirtschaftung der
16 landwirtschaftlichen Nutzflächen ist essentiell, um die Landwirtschaft
17 nachhaltiger zu gestalten und auch die bereits auftretenden Folgen des
18 Klimawandels zu bewältigen. Aktuell scheint sich die hohe Relevanz dieses Themas
19 bei politischen Entscheidungen nicht widerzuspiegeln. Es gibt noch deutlichen
20 Handlungsbedarf. Wir als GRÜNE JUGEND müssen bei dem Thema Druck auf die
21 politischen Entscheidungsträger*innen ausüben. Wir fordern schnelle, wirksame
22 und weitreichende Maßnahmen, die die Landwirtschaft nachhaltig und damit
23 zukunftsfähig gestalten.

24 Technologische Lösungen

25 Eine Möglichkeit, diesen Wandel in der Landwirtschaft zu schaffen, sind
26 verschiedene Technologien. So sind zum Beispiel gentechnisch veränderte
27 Kulturpflanzen eine Möglichkeit dafür, die Pflanzen hitzetoleranter und weniger
28 anfällig für Schädlinge zu machen. Es ist beispielsweise bereits gelungen, eine
29 Maissorte so gentechnisch zu verändern, dass die Maispflanzen einen natürlichen
30 Stoff, der eigentlich von Bakterien produziert wird und toxisch gegenüber
31 bestimmten Pflanzenschädlingen wirkt, selbst synthetisieren. In zahlreichen
32 Studien wurde bereits von Wissenschaftler*innen gezeigt, dass der gentechnisch
33 veränderte Mais weder eine Gefahr für die Umwelt noch eine Gefahr für Menschen
34 darstellt. Der Mais kann aufgrund der gentechnischen Veränderungen ohne den
35 Einsatz von Pestiziden, die der Umwelt schaden und z.B. zu Insektensterben
36 führen, angebaut werden und bietet so eine nachhaltige Alternative zu
37 herkömmlichen Maissorten. Andere gentechnisch veränderte Pflanzen, die z.B.
38 resistenter gegenüber Hitze, Trockenheit oder bestimmten Schädlingen sind,
39 existieren ebenfalls bereits. Jedoch benötigt es höhere Forschungsgelder, um
40 weitere Fortschritte in der grünen Gentechnik zu erreichen und somit Pflanzen zu
41 erzeugen, die besser mit den Folgen des Klimawandels klarkommen und sich
42 nachhaltiger anbauen lassen. Deshalb fordern wir eine bessere Finanzierung der
43 Forschung an Kulturpflanzen. Außerdem muss die Debatte um Gentechnik endlich

44 faktenbasiert und wissenschaftlich geführt werden, da Gentechnik einen wichtigen
45 Beitrag zu zukunftsfähiger Landwirtschaft darstellt, aber dennoch teilweise auf
46 eine nicht wissenschaftliche Weise verteufelt wird. Wir fordern deshalb, dass es
47 verstärkte wissenschaftliche Aufklärung zum Thema Gentechnik gibt. Die Chancen
48 der Gentechnik müssen endlich von politischen Akteur*innen anerkannt werden.
49 Dafür müssen wir uns als GRÜNE JUGEND einsetzen.

50 Zudem ist es entscheidend, die Landwirtschaft zu digitalisieren. Spezialisierte
51 Drohnen können Felder überwachen und Ackerflächen, Weiden und Böden so
52 kartieren. Mit den dadurch gesammelten Daten ist es möglich, sogenannte
53 Präzisionslandwirtschaft zu betreiben, die z.B. einen geringeren Verbrauch von
54 Wasser ermöglicht und somit zu mehr Effizienz und Nachhaltigkeit führt. Wir
55 fordern deshalb eine staatliche Förderung, die die Bäuer*innen bei der
56 Digitalisierung der Landwirtschaft und unterstützt.

57 Weg von Monokulturen – hin zu zukunftsfähigen Anbauformen!

58 Doch neue Technologien sind nicht allein der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen
59 Landwirtschaft. Neue nachhaltigere Anbauformen sind ebenfalls von großer
60 Bedeutung. Eine nachhaltige Alternative zu einer auf Monokulturen basierenden
61 Landwirtschaft ist die syntropische Landwirtschaft. Diese beruht auf dem
62 komplexen Zusammenspiel von verschiedenen Pflanzen und Organismen, d.h.
63 verschiedene Pflanzen gleichzeitig nebeneinander angebaut werden. Die Pflanzen
64 schützen sich so gegenseitig und sind besser mit Nährstoffen versorgt.
65 Entscheidend für die syntropische Landwirtschaft ist auch Agroforstwirtschaft.
66 Dabei werden auf den Feldern Baumstreifen zwischen den Kulturpflanzen angelegt.
67 Das schützt die Böden vor Hitze, Austrocknung und Erosion. Weiterhin ist es
68 wichtig, dem Insektensterben entgegenzuwirken. Das kann zum Beispiel durch
69 zusätzliche Blühstreifen, die aus vielfältigen Wildblumen bestehen, gelingen.
70 Ein weiteres Problem ist der erhöhte Bedarf an Anbauflächen, der aus dem
71 weltweit andauernden Bevölkerungszuwachs resultiert. Eine Lösung dafür sind
72 vertikale Farmen. Dabei wachsen die Kulturpflanzen in geschlossenen Hallen in
73 übereinander gestapelten Regalen auf künstlichem Substrat. Das ermöglicht es,
74 deutlich mehr Pflanzen auf der gleichen Fläche anzubauen. Wir fordern eine
75 Pflicht für Blühstreifen am Rand von kommerziell genutzten landwirtschaftlichen
76 Anbauflächen sowie eine schrittweise Reduzierung der Monokulturen und damit
77 einhergehend eine staatliche Förderung für alternative, nachhaltige Anbauweisen
78 wie syntropische Landwirtschaft, Agroforstwirtschaft und vertikale Farmen.

Begründung

Erfolgt mündlich

A7 Anerkennung der Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 16.06.2023
Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung erkennt die bisherigen Ortsgruppen GRÜNE JUGEND
- 2 Halle (Saale), GRÜNE JUGEND Magdeburg und GRÜNE JUGEND Börde von nun an als
- 3 Kreisverbände an. Hinzu kommt der neu gegründete Kreisverband GRÜNE JUGEND
- 4 Wittenberg.

Begründung

Durch Beschluss des Bundeskongresses 2022, unterziehen sich alle Basisgruppen der GRÜNEN JUGEND in diesem Jahr der Kreisverbandsreform. Die GRÜNE JUGEND Halle (Saale), GRÜNE JUGEND Magdeburg, GRÜNE JUGEND Wittenberg und GRÜNE JUGEND Börde haben den Prozess zur Gründung eines Kreisverbands bereits abgeschlossen. Daher kann die offizielle Reform bereits auf dieser Landesmitgliederversammlung bestätigt werden.

Die GRÜNE JUGEND Stendal ist noch im Prozess der Gründung eines Kreisverband und wird diesen bis zur nächsten Landesmitgliederversammlung im Oktober vollenden wo diese dann auch offiziell bestätigen wird.

Weitere, sich neu gründende Kreisverbände können jederzeit vorläufig durch den Landesvorstand anerkannt und ebenfalls auf der nächsten Landesmitgliederversammlung bestätigt werden.

A8NEU EU-ASYLRECHTSREFORM STOPPEN!

Antragsteller*in: Luca Salis (KV Halle)
Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Am 8. Juni hat Innenministerin Nancy Faeser im EU-Ministerrat dem
2 Kommissionsvorschlag zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems im
3 Namen der Bundesregierung zugestimmt.
4 Damit bedarf es nun noch der Zustimmung des EU-Parlaments im Trilog, um die
5 Reform final zu verabschieden.
- 6 Die Reform sieht insbesondere vor, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung
7 von Staaten als sogenannte „sichere Drittstaaten“ gesenkt werden, dass
8 Asylsuchende trotz Anspruch auf Asyl einfacher abgeschoben werden können und
9 dass Geflüchtete vor den EU-Außengrenzen praktisch inhaftiert werden können, um
10 zu verhindern, dass sie nach Europa kommen.
- 11 Die neue Drittstaatenregelung führt dazu, dass auch Staaten, welche die Genfer
12 Flüchtlingskonvention – das wichtigste Völkerrechtliche Abkommen zum Schutz
13 Geflüchteter – nicht unterzeichnet haben oder solche, die lediglich in einzelnen
14 Gebieten die Voraussetzungen erfüllen, als „sichere Drittstaaten“ deklariert
15 werden können. Dabei sind schon heute Länder wie Tunesien als „sichere
16 Drittstaaten“ anerkannt aus denen immer wieder Berichte über massive
17 systematische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten kommen.
- 18 Außerdem sollen Geflüchtete mit Anspruch auf Asyl diese nicht mehr geltend
19 machen können, wenn sie zuvor auf ihrer Flucht durch ein als „sicher“
20 deklariertes Land gekommen ist. Dadurch wird es vielen Schutzbedürftigen
21 unmöglich in Europa Schutz zu suchen. Zudem sollen auch Abschiebungen in
22 „sichere“ Drittstaaten möglich werden. Dafür sollen mit diesen Abkommen ähnlich
23 dem „Flüchtlingsabkommen“ zwischen Deutschland und Türkei geschlossen werden,
24 wodurch sich die EU von diesen extrem abhängig macht und die Wahrscheinlichkeit
25 der Durchsetzung von Menschenrechtsstandards schmälert.
- 26 Um zu verhindern, dass Geflüchtete in die EU kommen, sieht die Reform ferner
27 vor, dass gefängnisähnliche „Asylzentren“ nahe der EU-Außengrenzen aufgemacht
28 werden. Dort sollen die Asylsuchenden über Wochen inhaftiert werden können, um
29 ihre Identität zu klären und sie abschieben zu können, bevor sie EU-Gebiet
30 erreichen konnten.
- 31 Diese Regelungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zu den Grundwerten der
32 Grünen Jugend Sachsen-Anhalt und unserer Mutterpartei. Geflüchtete – Menschen,
33 die ihre Heimat verlassen mussten und dafür in vielen Fällen ihr Leben aufs
34 Spiel gesetzt haben – werden wie kriminelle behandelt und
35 Menschenrechtsverletzungen ausgeliefert. Das Menschenrecht auf Asyl tritt hinter
36 machtpolitische Interessen zurück. Es steht in unserer Pflicht, alle
37 Möglichkeiten auszuschöpfen, um diese Reform zu verhindern.
- 38 Als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt verurteilen wir die EU-Asylrechtsreform sowie
39 die Zustimmung der Bundesregierung und insbesondere der Grünen Minister*innen,
40 die diesen Beschluss erst möglich machte.

- 41 Wir unterstützen zudem Bündnisse und Aktionen, welche auf die Verhinderung der
42 Reform abzielen und bringen uns aktiv bei ihnen ein. Gleichzeitig nutzen wir
43 unsere Möglichkeiten innerhalb der Grünen Partei, um auf eine Ablehnung des GEAS
44 im Trilog (durch das EU-Parlament) hinzuwirken.
- 45 Wir setzen uns für eine humane Migrations- und Geflüchtetenpolitik ein, die den
46 Schutz von Menschenrechten über geopolitische Interessen stellt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A9 Eintreten für die demokratischen Rechte der kurdischen Bewegung und einem Ende der militärischen Gewalt in Nord- und Ostsyrien sowie Kurdistan-Irak

Antragsteller*in: Luca Salis (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt solidarisiert sich mit der kurdischen Bewegung
2 in Deutschland und unterstützt die Einbindung der kurdischen Bewegung in
3 demokratische Prozesse.

4 Infolge der Invasion in Afrîn 2018 gab es innerhalb der Grünen Jugend auf
5 Bundesebene umfangreiche Solidaritätsbekundungen mit dem Projekt der
6 Autonomieregion Nord- und Ostsyrien, damals auch Rojava genannt. Inzwischen
7 umfasst das Gebiet weitere Teile mit arabisch-sunnitischer Bevölkerungsmehrheit,
8 weswegen „Rojava“ (wörtlich: „der Westen“ Kurdistans) nicht mehr das gesamte
9 Gebiet beschreibt. Die Grüne Jugend fühlt sich in vielen Punkten der Ideologie
10 der kurdischen Bewegung programmatisch verbunden. Außerdem verurteilt die Grüne
11 Jugend die umfangreiche Kriminalisierung politischer Arbeit der kurdischen
12 Bewegung innerhalb Deutschlands.

13 Im Sommer 2022 hat Erdoğan eine umfangreiche Bodenoffensive in Nord- und
14 Ostsyrien angekündigt, die das Ziel habe, „sie alle auszurotten“¹. Damit nutzt
15 Erdoğan bewusst genozidale Rhetorik. Genozide umfassen nicht nur das gezielte
16 Töten von Personen einer bestimmten Gruppe, sondern basieren auf „Handlungen,
17 begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse
18 Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.“ So definiert die UN-
19 Konvention „Völkermord“ im Artikel II. Dazu gehören Maßnahmen die gezielte
20 Vertreibung, Umsiedlung und Assimilation und damit die Auslöschung der
21 kurdischen Bevölkerung zur Folge haben.

22 Im besetzten Afrîn zeigen sich bereits erste Ergebnisse dieser kriminellen
23 Taktik: Während vor der Invasion noch schätzungsweise 95% der Bevölkerung
24 kurdisch war, ist der kurdische Bevölkerungsanteil 2022, vier Jahre nach der
25 Besatzung, auf 25-30% geschrumpft.² Die Bodenoffensive, die Erdoğan angekündigt
26 hat, ist zwar bislang ausgeblieben, im November fand dahingegen eine Erweiterung
27 der Luftschläge statt, die auch auf zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser,
28 Getreidesilos und Strominfrastruktur gerichtet wurden. Diese Eskalation hat für
29 weltweite mediale Aufmerksamkeit gesorgt und wurde auch als Wahlkampfmanöver
30 Erdoğan in Hinblick auf die türkischen Präsidentschaftswahlen am 14. Mai 2023
31 gedeutet. Neben den konventionellen militärischen Aktionen gibt es zudem seit
32 2022 Hinweise auf den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch das türkische Militär
33 in Kurdistan-Irak,³ was bei Zutreffen einen eklatanten Bruch des Völkerrechts
34 sowie der von NATO-Partner Türkei mitunterzeichneten Chemiewaffenkonvention
35 bedeuten würde.

36 Im Februar 2023 folgten die verheerenden Erdbeben in der Türkei und Syrien. Für
37 die Folgezeit dieser weitreichenden humanitären Katastrophe wurde auf Seiten der
38 „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ KCK zu einer Waffenruhe aufgerufen, der
39 sich die kurdischen und autonomen Verteidigungseinheiten anschlossen und die bis
40 zum Ergebnis der türkischen Präsidentschaftswahlen gehalten werden soll.

41 Das türkische Militär setzte seine Luftschläge dagegen fort und fügte der
42 Zerstörung und dem zivilen Leid durch die Erdbeben noch weitere militärische
43 Gewalt hinzu, die weitere Folgen für die dringend notwendige Versorgung und die
44 ohnehin vorhandenen Ängste der Menschen mit sich gebracht hat. Die Lage
45 verschlimmerte sich zusätzlich und maßgeblich durch die gezielte Hinderung der
46 syrischen Regierung, humanitäre Transporte des kurdischen roten Halbmonds in die
47 betroffenen kurdischen Gebiete außerhalb des Autonomiegebiets zuzulassen.

48 Während dieser verheerenden humanitären Notlage findet in der Türkei parallel
49 eine Kriminalisierung der politischen Kräfte der kurdischen Bewegung statt. 2021
50 beantragte Erdoğan ein Verbotsverfahren für die HDP, das mehrfach zeitlich so
51 verschoben wurde, dass es erst kurz vor der Wahl abgeschlossen wird und somit
52 eine erfolgreiche Listenaufstellung für die HDP verhindert. Aus diesem Grund
53 tritt statt der HDP bei dieser Wahl die „Grüne Linke Partei“, Yeşil Sol Parti
54 (YSP) an.

55 Seit Ende der türkischen Präsidentschaftswahlen, die Erdoğan wieder für sich
56 entschieden hat, werden die Angriffe der Türkei auf Kurdische Gebiete wieder
57 ausgeweitet.

58 Wir stehen solidarisch mit der kurdischen Bewegung – ob in der Türkei und Syrien
59 oder in Deutschland – und unterstützen ihren Kampf bei uns vor Ort. Dafür wollen
60 wir uns mit der kurdischen Community in Sachsen-Anhalt vernetzen.

61 Außerdem stellen wir als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt folgende Forderungen:

- 62 • Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich für ein Ende der
63 Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Deutschland ein.
- 64 • Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die
65 Bundesregierung den Giftgasanschlag auf Helebce/Halabja am 16.03.1988 als
66 Genozid anerkennt. Dabei ist es besonders wichtig, die deutsche
67 Verantwortung aufzuarbeiten, die in der Produktion der dort eingesetzten
68 chemischen Kampfstoffe liegt.
- 69 • Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Türkei für ihre
70 militärischen Aktionen in den kurdischen Autonomiegebieten mit Sanktionen
71 zu belegen.

72 Als Grüne Jugend Sachsen-Anhalt unterstützen wir außerdem folgende Forderungen
73 der kurdischen Bewegung:

- 74 • Die deutsche Bundesregierung soll als staatliche Akteurin einen Antrag bei
75 der OPCW⁴ auf Überprüfung der Verwendung chemischer Waffen durch das
76 türkische Militär in Kurdistan-Irak stellen.
- 77 • Die deutsche Bundesregierung soll sich innerhalb der NATO und UN für die
78 Einrichtung einer Flugverbotszone über Nord- und Ostsyrien einsetzen.

79 ¹Das entsprechende Zitat lautet: „Mit Allahs Hilfe werden wir sie alle so
80 schnell wie möglich mit unseren Panzern und Soldaten ausrotten“, Gert Höhler,
81 „Wagt Erdogan den Einmarsch in Syrien“, 27.11.22, Redaktionsnetzwerk
82 Deutschland, <https://www.rnd.de/politik/erdogan-kuendigt-bodenoffensive-in->

- 83 [nordsyrien-an-wie-wahrscheinlich-ist-eine-tuerkische-invasion-](#)
84 [ZELMFHNWLFETTPMNDNMENRGLS4.html](#) (letzter Zugriff: 20.04.2023).
- 85 2. „The State of the Occupation Q1 & Q2 2022: Lack of Accountability of SNA
86 Crimes, HTS Incursion in Afrin, and ISIS in Turkish-Occupied Territories.”
87 Rojava Information Center, [https://rojvainformationcenter.com/2023/02/state-of-](https://rojvainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/)
88 [the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-](https://rojvainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/)
89 [afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/](https://rojvainformationcenter.com/2023/02/state-of-the-occupation-q1-q2-2022-lack-of-accountability-of-sna-crimes-hts-incursion-in-afrin-isis-in-turkish-occupied-territories/) (letzter Zugriff: 20.04.2023).
- 90 3. Josef Savary; Jan van Aken: „Is Turkey Violating the Chemical Weapons
91 Convention?“, IPPNW, Oktober 2022.
92 [https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Tu-](https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf)
93 [rkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf) (letzter Zugriff: 25.04.2023).
- 94 4. Die OPCW ist die Organisation für das Verbot chemischer Waffen der Vereinten
95 Nationen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G1 Geschäftsordnung

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 16.06.2023
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

Antragstext

1 Präambel

2 Diese Geschäftsordnung enthält ergänzende Regelungen zu der Satzung der GRÜNEN
3 JUGEND Sachsen-Anhalt und wurde am 24. Mai 2023 durch die
4 Landesmitgliederversammlung in Magdeburg beschlossen. Diese Geschäftsordnung
5 kann nur mit absoluter Mehrheit durch die Landesmitgliederversammlung
6 beschlossen, geändert oder aufgehoben werden.

7 § 1 Geltungsbereich

8 (1) Die Regelungen der Geschäftsordnung gelten für die
9 Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt.

10 (2) Die Regelungen gelten zudem in allen Gremien, Organen und Kommissionen der
11 GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt, soweit keine spezielleren Regelungen getroffen
12 wurden.

13 § 2 Präsidium

14 (1) Die Landesmitgliederversammlung wählt zu Beginn der Versammlung auf
15 Vorschlag des Landesvorstands ein Präsidium. Es soll mindestens zur Hälfte mit
16 FLINTA*-Personen besetzt sein. Die Wahl des Präsidiums erfolgt in offener
17 Abstimmung mit einfacher Mehrheit. Eine konstruktive Abwahl kann jederzeit mit
18 absoluter Mehrheit vorgenommen werden.

19 (2) Das Präsidium leitet die Sitzung, nimmt inhaltliche Anträge, Bewerbungen und
20 Anträge zur Geschäftsordnung entgegen, befindet im Rahmen der Satzung und der
21 Geschäftsordnung über deren Zulässigkeit, führt eine Redeliste, erteilt und
22 entzieht das Wort und leitet die Wahlen. Das Präsidium kann für die Durchführung
23 der Wahlen und die Protokollführung Helfer*innen bestimmen.

24 (3) Während der Wahlgänge dürfen keine Wahlbewerber*innen des Präsidiums oder
25 der Wahlkommission angehören.

26 (4) Das Präsidium trägt für den ungestörten Ablauf der Versammlung Sorge und
27 kann Personen, die den Fortgang der Versammlung erheblich und auf Dauer stören
28 von der Versammlung ausschließen. Liegt das Hausrecht im Bereich der Grünen
29 Jugend Sachsen-Anhalt, übt das Präsidium es aus.

30 § 3 Tagesordnung

31 Zu Beginn der Versammlung wird eine Tagesordnung mit absoluter Mehrheit
32 beschlossen. Sie kann im weiteren Verlauf mit absoluter Mehrheit geändert
33 werden.

34 § 4 Redelisten

35 Das Präsidium hat darauf zu achten, dass FLINTA*-Personen ihr Recht zukommt,
36 mindestens die Hälfte der Redebeiträge zugesprochen zu bekommen.

37 § 4a Pro-Contra-Diskussionen

38 (1) Es muss gewährleistet sein, dass bei einer Pro-Contra-Antragsdiskussion auf
39 jeden befürwortenden auch ein ablehnender Redebeitrag folgen kann.

40 (2) Es ist ein Verfahren zu wählen, welches den gesamten Verlauf der Sitzung
41 über die Anzahl der Redebeiträge, die von FLINTA*-Personen kommen, mit
42 einbezieht und nach Möglichkeit eine bestehende Unverhältnismäßigkeit
43 ausgleichen kann.

44 § 4b Offene Diskussionen

45 Zu Beginn einer Landesmitgliederversammlung tagen die FLINTA* Mitglieder und
46 stimmen über die Quotierung der Redeliste für Debatten und Diskussionen ab. Die
47 Abstimmung erfolgt per Handzeichen. Es muss eine einfache Mehrheit erreicht
48 werden. Das Ergebnis wird der Versammlung nach dem FLINTA* Plenum mitgeteilt.

49 § 5 Abstimmungen allgemein

50 (1) Sofern nicht durch Satzung, Geschäftsordnung oder allgemeines Recht anders
51 geregelt, erfolgen Abstimmungen mit einfacher Mehrheit und durch Handzeichen.

52 (2) Auf Antrag von mindestens einem stimmberechtigten Mitglied sind Abstimmungen
53 geheim durchzuführen. Ein solcher Antrag kann jederzeit, bis das Präsidium den
54 Wahlvorgang eröffnet hat, gestellt werden.

55 (3) Auszählung und Auswertung schriftlicher Abstimmungen haben öffentlich
56 stattzufinden. Auf Antrag von mindestens einem stimmberechtigtem Mitglied ist
57 dafür die Sitzung zu unterbrechen.

58 § 6 Wahlen

59 (1) Personenwahlen finden nach demokratischen Wahlgrundsätzen grundsätzlich in
60 allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl statt.

61 (2) Auf Wahlen muss durch einen gesonderten Tagesordnungspunkt schon in der
62 Einladung zur Landesmitgliederversammlung hingewiesen werden.

63 (3) Zu Beginn einer Versammlung oder vor Eröffnung eines Wahlganges wird in
64 offener Abstimmung eine Wahlkommission gewählt. Ihr gehören mindestens zwei
65 Personen an. Für die Besetzung der Zählkommission besteht keine Quotierung. Der
66 Wahlkommission darf nicht angehören, wer selbst Kandidat*in ist. Dies gilt für
67 den gesamten Wahlgang eines zu wählenden Gremiums.

68 (4) Alle Bewerber*innen haben das Recht, sich den anwesenden Mitgliedern
69 vorzustellen. Die maximale Redezeit beträgt hierfür sechs Minuten bei
70 Bewerbungen auf Positionen des geschäftsführenden Vorstands
71 (Landessprecher*innen, Schatzmeisterei und politische Geschäftsführung), drei
72 Minuten bei Bewerbungen auf Beisitzer*innenplätze (genderpolitische*r
73 Sprecher*in und Beisitzer*innen) und zwei Minuten bei Bewerbungen auf sonstige
74 Ämter des Landesverbands.

75 (5) Die Mitglieder haben das Recht, den Bewerber*innen Fragen zu stellen. Fragen
76 können vor Beginn der Vorstellung schriftlich eingereicht, oder nach der
77 Vorstellung mündlich gestellt werden. Bewerber*innen haben maximal eine Minute
78 Beantwortungszeit pro Frage sowie maximal zwei Minuten insgesamt.
79 Das Präsidium schlägt eine Maximalanzahl von Fragen pro zu besetzendem Posten

- 80 vor. Diese muss mindestens drei betragen. Per Geschäftsordnungsantrag kann die
81 Änderung der Maximalanzahl pro zur Wahl stehendem Posten beantragt werden.
- 82 (6) Die Mitglieder des Landesvorstandes werden in folgender Reihenfolge gewählt:
- 83 1. Landessprecher*in (FLINTA*-Platz)
 - 84 2. Landessprecher*in (offener Platz)
 - 85 3. Schatzmeister*in
 - 86 4. politische*r Geschäftsführer*in
 - 87 5. Genderpolitische*r Sprecher*in
 - 88 6. drei Beisitzer*innen
- 89 Die Landesmitgliederversammlung kann per GO-Antrag die Durchführung der Wahl
90 der*des Politischen Landesgeschäftsführer*in vor der Wahl der*des
91 Landesschatzmeister*in beschließen.
- 92 (7) Wahlen finden im Mehrheitswahlverfahren statt.
- 93 (8) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat so viele Stimmen, wie Plätze zu vergeben
94 sind. Dabei darf keiner zur Wahl stehenden Person mehr als einer der Stimmen
95 gegeben werden.
- 96 (9) Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen
97 gültigen Stimmen erhält. Gibt es mehr Bewerber*innen als Plätze und bleiben im
98 ersten Wahlgang ein oder mehrere Plätze unbesetzt, so wird ein zweiter Wahlgang
99 durchgeführt.
- 100 (10) Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten Stimmen, jedoch mehr Ja-
101 als Nein- Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit zwischen Bewerber*innen in der
102 Zuteilung des letzten zu vergebenden Platzes, kommt es zu einem dritten
103 Wahlgang, an dem nur die bestplatzierten, nichtgewählten Bewerber*innen
104 teilnehmen dürfen. Erreicht auch im dritten Wahlgang kein*e Bewerber*in die
105 nötige relative Mehrheit, so entscheidet das Los.
- 106 (11) Wahlen in gleiche Ämter können in einem Wahlgang erledigt werden.
- 107 (12) Bei Delegiertenwahlen ist bereits im ersten Wahlgang eine einfache Mehrheit
108 ausreichend.
- 109 (13) Es folgt die Wahl der Ersatzdelegierten, deren Zahl unbegrenzt ist. Als
110 Ersatzdelegierte*r gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen
111 Stimmen erhält.
- 112 (14) Gibt es für ein Amt nur eine*n Bewerber*in, so ist mit „Ja“ und „Nein“ oder
113 „Enthaltung“ über diese Person abzustimmen. Diese Person ist gewählt, wenn im
114 ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf „Ja“ entfällt,
115 im zweiten Wahlgang mehr „Ja“- als „Nein“-Stimmen abgegeben werden. Werden im
116 zweiten Wahlgang nicht mehr „Ja“- als „Nein“-Stimmen abgegeben, so ist der*die
117 Bewerber*in abgelehnt.
- 118 (15) Bei Votesvergaben bestimmt die Landesmitgliederversammlung zunächst in
119 offener Abstimmung die Anzahl der zu vergebenden Votes. Es findet eine
120 Quotierung der Votes Statt.

121 (16) Das Votum erhält, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen
122 erhält.

123 (17) Erlangt keine der Personen im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, findet
124 eine zweite Abstimmung zwischen den beiden Personen statt, die im ersten
125 Durchgang die jeweils meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Gewählt wird
126 dann die Person mit der absoluten Mehrheit der Stimmen. Kann keine Person die
127 absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen, so kommt es zu einem dritten
128 Wahlgang. Erreicht auch hier keine Bewerber*in die absolute Mehrheit so erhält
129 keine der Bewerber*innen das Votum, solange § 4 Absatz 20 nichts anderes
130 festlegt.

131 (18) Bei Stimmgleichheit kommt es auf Geschäftsordnungsantrag erneut zur
132 Aussprache. Darauf folgt ein weiterer Wahlgang. Herrscht bei diesem ebenfalls
133 Stimmgleichheit, so erhält keine der Bewerber*innen das Votum.

134 § 7 Geschäftsordnungsanträge

135 (1) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann nach jedem Redebeitrag einen Antrag zur
136 Geschäftsordnung stellen. Es zeigt dies durch Meldung mit beiden Händen an.
137 Während eines Redebeitrages oder einer Abstimmung sind Geschäftsordnungsanträge
138 nicht zulässig.

139 (2) Anträge zur Geschäftsordnung können unter anderem sein:

- 140 • Antrag auf Schluss der Redeliste
- 141 • Antrag auf sofortiges Ende der Debatte
- 142 • Antrag auf sofortige Abstimmung
- 143 • Antrag auf Vertagung
- 144 • Antrag auf Verweisung in ein anderes Gremium
- 145 • Antrag auf Redezeitbegrenzung
- 146 • Antrag auf Unterbrechung der Sitzung
- 147 • Antrag auf Ablösung des Präsidiums
- 148 • Antrag auf offene Debatte
- 149 • Antrag auf weitere Redebeiträge (Ausgeglichen Pro und Contra)
- 150 • Antrag auf Nichtbefassung eines Antrags
- 151 • Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 152 • Antrag auf Festlegung eines Verfahrens, das noch nicht aus anderen Quellen
153 geregelt ist
- 154 • Antrag auf ein alternatives Verfahren zur Antragsbehandlung, betreffend Art
155 und Dauer der
- 156 • Debatte und einzelner Redebeiträge, sowie Abstimmungsmodalitäten
- 157 • Antrag auf Aus-Zeit,
- 158 • Antrag auf ein FLINTA* Forum,

159 • Antrag auf Nichtbefassung eines Antrages.

160 (3) Die Antragssteller*innen begründen ihren Antrag in einem Redebeitrag von
161 maximal zwei Minuten. Daraufhin wird eine ebenso lange Gegenrede zugelassen.
162 Danach wird über den Antrag mit einfacher Mehrheit der gültigen Stimmen
163 entschieden. Meldet sich niemand zur Gegenrede, so gilt der Antrag als
164 angenommen.

165 § 8 Anträge

166 (1) Leitanträge haben eine Einbringungszeit von sieben Minuten,
167 Satzungsänderungsanträge und inhaltliche Anträge werden innerhalb von drei
168 Minuten vorgestellt. Änderungsanträge haben eine Einbringungszeit von zwei
169 Minuten. Es wird jeweils eine ebenso lange Gegenrede zugelassen.

170 (2) Anträge werden mit einfacher Mehrheit beschlossen. Bei Stimmgleichheit
171 kommt es auf Geschäftsordnungsantrag zu erneuten Aussprache und einer zweiten
172 Abstimmung. Herrscht bei dieser erneut Stimmgleichheit, ist ein Antrag
173 abgelehnt.

174 (3) Über einen Antrag darf erst abgestimmt werden, wenn zuvor alle Änderungs-
175 und Alternativanträge behandelt wurden. Dabei wird in folgender Reihenfolge über
176 die Anträge abgestimmt:

177 • Änderungsanträge in einer sinnvollen Reihenfolge, die weitgehendsten Anträge
178 dabei zuerst,

179 • Der gestellte Antrag (ggf. gegen Alternativanträge)

180 (4) Anträge werden in offener Abstimmung per Handheben abgestimmt. Auf Antrag
181 zur Geschäftsordnung eines anwesenden Mitglieds ist eine Abstimmung geheim
182 durchzuführen. Bei geheimen Abstimmungen gelten die demokratischen
183 Wahlgrundsätze.

184 (5) Beschlüsse der Mitgliederversammlung können auf Antrag eines
185 stimmberechtigten Mitglieds mit Zweidrittelmehrheit aufgehoben und erneut
186 behandelt werden.

187 § 9 FLINTA* Forum

188 (1) Auf Antrag zur Geschäftsordnung können die an der Versammlung
189 stimmberechtigt teilnehmenden FLINTA*-Personen mit einfacher Mehrheit die
190 Einberufung eines FLINTA* Forums beschließen.

191 (2) Das FLINTA* Forum tagt nichtöffentlich und unter Ausschluss aller weiteren
192 Mitglieder. Im Anschluss sind die Entscheidungen den weiteren Mitgliedern der
193 Versammlung mitzuteilen.

194 (3) Bei Anträgen, die formal oder inhaltlich das Selbstbestimmungsrecht von
195 FLINTA*-Personen berühren oder von denen diese in besonderem Maße betroffen
196 sind, hat das FLINTA* Forum das Recht, vor der Abstimmung der Versammlung eine
197 gesonderte Abstimmung durchzuführen, um mit einfacher Mehrheit ein für das
198 Gremium unverbindliches Votum zu beschließen.

199 (4) Das FLINTA* Votum kann mit einem Veto verknüpft werden. Weicht das
200 Abstimmungsergebnis der Versammlung vom Votum des FLINTA* Forums ab, hat das
201 Veto aufschiebende Wirkung. Der Antrag kann erst bei der nächsten

202 Mitgliederversammlung wieder eingebracht werden. Ein erneutes Veto in derselben
203 Sache ist nicht möglich. Die Verknüpfung eines Votums mit einem aufschiebenden
204 Veto muss den versammelten Mitgliedern des Gremiums vor der Abstimmung
205 bekanntgegeben werden.

206 § 10 Zusammensetzung der Versammlung

207 Zu Beginn und auf Antrag auch während der Versammlung wird den Anwesenden
208 mitgeteilt, wie viele Mitglieder aus den einzelnen Basisgruppen anwesend sind.

209 § 11 Ausschluss der Öffentlichkeit

210 Die Landesmitgliederversammlung tagt in der Regel öffentlich. Bei Personalfragen
211 und Angelegenheiten, die Persönlichkeitsrechte betreffen, wird die
212 Öffentlichkeit auf Wunsch einer betroffenen Person ausgeschlossen.

213 § 12 Haushaltsvorstellung

214 Der Abschlussbericht zum Haushalt des vergangenen Kalenderjahres wird der ersten
215 ordentlichen Landesmitgliederversammlung eines Jahres, der zu beschließende
216 Haushaltsplan für das kommende Jahr auf der zweiten ordentlichen
217 Landesmitgliederversammlung eines Jahres vorgestellt.

L1NEU Utopien erkämpfen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4.1. Leitantrag

Antragstext

- 1 Die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage lässt schnell verzweifeln.
- 2 Wir stehen vor gigantischen Aufgaben. Als GRÜNE JUGEND arbeiten wir deswegen
- 3 stets und ständig an unseren Ideen und Visionen für eine gerechtere Zukunft. Doch
- 4 gerade im Kontext der sich immer weiter auftürmenden Krisen stellt sich umso
- 5 mehr die Frage: Wie kommen wir als Gesellschaft endlich zu dieser Zukunft? Und
- 6 vor allem: Welche Rolle spielen wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt dabei?
- 7 Utopien – warum braucht es das eigentlich?
- 8 Queere Rechte werden in den USA und einigen ost- und mitteleuropäischen Ländern,
- 9 wie in Polen und Ungarn, immer weiter eingeschränkt, verboten und zu Teilen
- 10 kriminalisiert. Doch auch in Deutschland sind queere Rechte nichts
- 11 Selbstverständliches mehr. Die CSU spricht sich in München gegen Draglesungen
- 12 aus, Aufrufe der AfD zum "Stolzmonat" als faschistische Kampagne gegen den
- 13 Pride month stoßen längst auch in bürgerlichen Milieus auf Zuspruch und soziale
- 14 Medien - zuletzt insbesondere Twitter - scheinen immer mehr zum Spielfeld der
- 15 extremen Rechten zu werden, die mit der Verbreitung von Hass und Hetze dort
- 16 immer mehr Reichweite generieren.
- 17 Aber auch außerhalb des digitalen Raums scheint die extreme Rechte auf dem
- 18 Vormarsch zu sein. Nach den Entwicklungen in Polen, Ungarn und der Türkei ist
- 19 nun auch Italien mit seiner faschistischen Regierung kein Einzelfall mehr - auch
- 20 nicht in Europa. Auch in Deutschland bekommt die AfD immer erschreckendere
- 21 Umfragehochs. Rechtes Gedankengut wird immer weiter normalisiert. Zeitgleich
- 22 werden linke Proteste aller Art kriminalisiert, verfolgt und mit Gewaltaufrufen
- 23 aus konservativer und rechter Presse begleitet.
- 24 Auch im Bereich Klima gibt es genug, worüber man sich Sorgen machen kann. Die
- 25 Klimaziele werden rigoros ignoriert und blockiert. Das gilt nicht nur für
- 26 Deutschland, sondern auch für den Rest der Welt. Der brasilianische Regenwald
- 27 gleicht, durch die illegale Abholzung, einem Flickenteppich. Die Polkappen
- 28 drohen schon viel früher als gedacht ihre dauerhafte Eisdecke zu verlieren.
- 29 Kipppunkte werden erreicht und die schlimmsten Szenarien der Wissenschaft noch
- 30 übertroffen. Während andere Regionen die Folgen der Klimakatastrophe bereits mit
- 31 voller Härte spüren, sind die bereits fatalen Fluten, großflächigen Waldbrände
- 32 oder ganze Landschaften, die hier zu Steppe werden, nur ein Vorgeschmack auf
- 33 das, was auch bei uns in Sachsen-Anhalt folgen wird.
- 34 Das ist alles sehr bedrückend, doch wir wollen nicht aufgeben! Gerade jetzt
- 35 braucht es so sehr wie nie ein starke gesellschaftliche Linke, um unsere Ideen
- 36 endlich in greifbare Nähe zu rücken: Eine Welt ohne Hass, Hetze und
- 37 Nationalismus; ohne Diskriminierung und Rassismus und ohne vermeidbare
- 38 Klimakatastrophen. Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt wollen Teil einer solchen
- 39 progressiven Bewegung sein und unseren Beitrag für ein besseres Morgen leisten.
- 40 Miese Krise? Utopien erkämpfen!

41 Klimadesinformation, aufblühender Rechtsextremismus und immer mehr Zulauf zu
42 queer-feindlichen Positionen. Gerade jetzt müssen wir für unsere Grundwerte
43 eintreten.

44 Für uns ist soziale Gerechtigkeit stets die oberste Priorität. Kein Mensch
45 sollte am Existenzminimum leben müssen. Gerade Klimaschutz muss zwingend sozial
46 gerecht sein und darf nicht auf den Schultern der Menschen ausgetragen werden,
47 die schon am Existenzminimum leben. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, wie z.
48 B. im öffentlichen Nahverkehr, in der Pflege oder bei der Post, sind für uns
49 nicht hinnehmbar. Es ist wichtig, die Menschen, die in prekären
50 Arbeitsverhältnissen für wenig Lohn arbeiten müssen, in ihren gewerkschaftlichen
51 Kämpfen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften ist für soziale
52 Gerechtigkeit unerlässlich. Wir kämpfen deshalb Seite an Seite für konkrete
53 Verbesserungen. Gleichzeitig sehen wir, dass wirkliche soziale Gerechtigkeit im
54 System des Kapitalismus nicht möglich ist. Es ist wichtig, dass wir die sozialen
55 Aspekte immer mitdenken und die Symptome des Systems abmildern, damit es den
56 Menschen kurzfristig besser geht. Jedoch wird nur ein Systemwandel eine
57 langfristige Lösung und die Chance für soziale Gerechtigkeit liefern und ist
58 deshalb unser langfristiges, höher gestelltes Ziel.

59 Weitergehend ist der Schutz marginalisierter Menschengruppen und der Kampf für
60 ihre Gleichstellung eine Priorität unserer Utopie. Dafür ist es wichtig
61 unverzüglich weitere politische Schritte zu gehen, um rechtlich und
62 gesellschaftlich gegen die Diskriminierung marginalisierter Gruppen
63 einzutreten. Wir erkennen jedoch an, dass eine tatsächliche Gleichstellung nur
64 dann möglich ist, wenn die Systeme der Diskriminierung abgeschafft sind. Mit
65 einem Systemwandel weg vom Kapitalismus müssen dringend auch die Systeme des
66 Patriarchats, des Rassismus, des Ableismus und jeglicher gruppenbezogener
67 Menschenfeindlichkeit abgeschafft werden. Nur so können wir unserem Anspruch
68 gerecht werden.

69 Für uns als GRÜNE JUGEND steht selbstverständlich auch der Schutz der Natur und
70 der Ökosysteme stets im Fokus. Das Klima zu schützen und unsere natürlichen
71 Lebensgrundlagen zu erhalten ist nur möglich, wenn wir auch die anderen
72 ökologischen Krisen, wie das Arten- und Waldsterben in den Griff bekommen.
73 Gerade in einer Zeit, in der 1,5°C-konforme Klimaziele von einer Bundesregierung
74 mit bündnisgrüner Beteiligung nicht umgesetzt werden, ist es wichtig, dass wir
75 unsere Positionen umso klarer vertreten. Wir als GRÜNE JUGEND können es nicht
76 einfach hinnehmen, wenn schon wieder das nächste Dorf – sei es Lützerath oder
77 Mühlrose – für den Kohleabbau weichen muss. Eine Politik, die auf die weitere
78 Energiegewinnung durch fossile Energieträger, wie Kohle und Gas setzt, ist weder
79 tragbar noch zukunftsfähig. Wir stehen für eine Klimapolitik, die jungen
80 Menschen eine lebenswerte Zukunft garantiert, d. h. die 1,5°C-Grenze einhält.

81 Dies kann natürlich keine abschließende Aufzählung unserer Grundwerte sein.
82 Neben vielen bereits gefassten Beschlüssen wollen wir unsere Positionen immer
83 wieder hinterfragen und weiterentwickeln. Gerade in Zeiten von Krisen und einer
84 schwachen Linken brauchen wir Ideale, Utopien und Werte, hinter denen wir auch
85 bei Druck von Konservativen und Rechtsextremisten gemeinsam stehen.

86 Die GRÜNE JUGEND, nur der Grüne Jugendverband?!

87 Gerade in Regierungsverantwortung treffen Grüne oft Entscheidungen, die weit ab
88 von unseren Grundwerten liegen. Als kritischer, stacheliger Jugendverband ist es

89 auch und gerade dann unsere Aufgabe, trotzdem für unsere Ziele einzustehen,
90 deutliche Kritik zu äußern und uns auch Protesten gegen Regierungen mit grüner
91 Beteiligung anzuschließen. Wir haben Positionen und Ziele, die wir umsetzen
92 wollen und Utopien, auf die wir hinarbeiten – unabhängig davon, was die Grünen
93 gerade machen.

94 Unsere Verbündeten im Parlament sind selbstverständlich eine wichtige Ressource
95 für eine starke GRÜNE JUGEND. Doch: Gerade das Beispiel Lützerath oder der erst
96 kürzlich beschlossene Asyl-Kompromiss zeigt, dass die Bundesregierung die
97 Probleme auch mit grüner Beteiligung nicht zufriedenstellend löst. Wir können
98 für die Umsetzung unserer Ziele nicht nur auf die Grünen im Parlament setzen.
99 Politik ist bei Weitem nicht nur das, was in Parlamenten passiert. Das sollte
100 sich auch auf unsere Arbeit und Zielsetzung auswirken. Deshalb müssen wir
101 zusammen mit Bündnispartner*innen auch von außerhalb der Parlamente weiterhin
102 Druck ausüben und für Veränderung kämpfen. Unsere Eigenständigkeit als GRÜNE
103 JUGEND ist hierfür ein essentieller Teil unseres Selbstverständnisses.

104 Bei den kommenden Wahlkämpfen ist es deshalb wichtig, auch eigene
105 Themenschwerpunkte zu setzen, statt den Menschen eine Politik zu versprechen,
106 die die Partei im Zweifelsfall gar nicht anstrebt oder halten kann. Wir wollen
107 junge Menschen erreichen und sie befähigen, ihre Stimme zu finden. In unserer
108 Rolle als parteinahe Jugendorganisation verstehen wir uns hierbei als Bindeglied
109 zwischen Straße und Parlament. Welche Rolle eine GRÜNE JUGEND im Wahlkampf genau
110 spielen sollte, wollen wir als gesamter Verband in den kommenden Monaten
111 ausführlich erarbeiten.

112 Utopien erkämpfen - Zusammen und Internationalistisch!

113 Egal ob vor, nach oder während den Wahlkämpfen: Um linke Politik in die Tat
114 umzusetzen zu können, müssen wir zuverlässige Beziehungen aufbauen und Ideen
115 internationalistisch denken. Diese Ideen werden aber zuerst über die kommunale
116 Ebene erarbeitet und in Zusammenarbeit mit diversen linken Partner*innen
117 angegangen. Dabei dürfen wir uns nicht durch kleine inhaltliche Differenzen
118 zerschlagen lassen. Internationalismus fängt kommunal an und die beste
119 internationalistische Praxis bleibt es, die gesellschaftliche Linke vor Ort zu
120 stärken. Alleine für uns als GRÜNE JUGEND wird es im Kreisverband schwer eine
121 Utopie zu erkämpfen oder auch erstmal nur gegen Rechtsextremist*innen zu halten.

122 Vor allem in Ostdeutschland haben wir da nochmal viel weniger
123 Handlungsspielraum. Deswegen gilt: ob Abweichungen oder nicht, ob in
124 Vergangenheit negative Stimmung gegeneinander herrschte oder nicht – solange wir
125 im Grunde für dasselbe kämpfen, müssen wir mit linken Organisationen unsere
126 Schlagkraft stärken und zusammenhalten!

127 Uns international zusammenzuschließen ist dabei essenziell, denn der Wandel von
128 globalen Systemen wie dem Kapitalismus, muss an verschiedenen Orten der Welt
129 zeitgleich geschehen. Wenn wir nur daran arbeiten, ein Land alleine davon zu
130 befreien, wird das keine nachhaltige Wirkung haben, schnell globalen Widerstand
131 erfahren und sanktioniert werden. Diese Strukturen müssen weltweit überwunden
132 werden. Wir müssen uns mit anderen zusammenschließen, voneinander lernen und
133 Ressourcen sowie Methoden teilen, um linke Utopien in die Tat umzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich